

BA  
14./15.5.  
2011

# Eltern müssen doppelt zahlen

Weil das Geld für offene Ganztagschulen knapp ist, kürzen Träger die Ferienbetreuung

Von Kerstin Behn  
und Lisa Inhoffen

BONN. Um die Zukunft der offenen Ganztagschulen (OGS) machen sich viele Eltern große Sorgen: Die OGS-Träger haben, wie berichtet, angekündigt, die Ferienbetreuung um zwei Wochen im Jahr zu kürzen. Denn den Trägern steht finanziell das Wasser bis zum Hals, sagt Bernd Siebertz vom Katholischen Jugendwerk. In einem Brandbrief an die Bonner offenen Ganztagschulen, an das Schulamt und die Schulpolitiker im Rathaus haben die Vertreter der OGS-Träger in Bonn, darunter auch die Caritas, das Diakonische Werk und die Arbeiter-Wohlfahrt (AWO), ihr Problem geschildert und klar gemacht, dass sich ihre finanzielle Situation in den Folgejahren weiter verschärfen werde, wenn der OGS-Betrieb finanziell nicht auf bessere Füße gestellt wird.

Das Problem: „Seit 2004 ist der Betrag für einen OGS-Platz pro Jahr und Kind von 2.000 Euro nicht mehr angehoben worden“, sagt Siebertz. Seitdem seien aber die



Tanzen Dodo: Jede Menge Spaß haben Nele (von links), Destina, Marie, Kira, Sophia und Aleyna in der OGS-Nachmittagsbetreuung in der Marienschule.  
FOTO: ROLAND KOHLS

Kosten, vor allem die Personal-

kosten, kontinuierlich gestiegen.

Thomas Kipper leitet die Marienschule mit 225 Kindern. Er hat die Eltern seiner Schule mit einem Rundschreiben über die geplante Ferienzeitkürzungen informiert. Denn für die meisten stellt sich nun die Frage, wie sie zum Beispiel die Sommerferien überbrücken sollen, wenn die OGS ihre Betreuungszeit einschränken muss.

Hinzu kommt, dass in diesem Jahr die Ferien erst sehr spät beginnen und bis in den September gehen. Das Kindergartenjahr endet aber bereits am 31. Juli. Deshalb sind von der angekündigten Kürzung der Ferienbetreuung auch Eltern betroffen, deren Kinder eingeschult werden, aber ab August nicht mehr in die Kita gehen können.

Die Schulpflegschaftsvorsitzende

der Marienschule, Julia Geilenkirchen, sitzt gleichzeitig auch im Beirat der OGS. „Es kann nicht sein, dass wir Eltern jetzt zusätzliche Kosten für Ferienbetreuung haben, obwohl wir ohnehin die OGS-Beiträge für das ganze Jahr durchzahlen müssen“, sagte sie dem GA. Das fälle den meisten Familien nicht leicht. Unter ihnen seien viele Alleinerziehende und Familien mit geringem Einkommen. Alternative Betreuungsangebote, wie etwa in den städtischen Jugendhäusern, stellen Eltern oftmals vor zu große logistische Herausforderungen: „Sie müssen sie dann ständig mit dem Auto von A nach B fahren“, sagte Geilenkirchen. „Diese Angebote kommen doch höchstens für ältere Kinder in Frage. Wenn die Zuschussgeber (Stadt und Land) nicht mehr Geld bereitstellten,

Problem gelöst bekommen. „Entweder nehmen sie sich ihren kompletten Jahresurlaub, was wohl die meisten Arbeitgeber nicht genehmigen würden“, sagt sie, „oder die Eltern nehmen getrennt Urlaub.“ Dann sei aber ein gemeinsamer Familienurlaub nicht möglich.

Bonns Familiendezernentin Angelika Maria Wahrheit hatte angekündigt, die Stadt bemühe sich um eine Lösung des Problems. Der General-Anzeiger fragte gestern nach und erhielt vom städtischen Presseamt folgende Antwort: „Vor dem Hintergrund, dass die Eltern für die diesjährigen Sommerferien bereits geplant haben und an allen Schulen Absprachen über eine Festlegung der Ferienbetreuungszeit getroffen wurden, stellen die Träger der OGS sicher, dass entweder mögliche Einschränkungen in den Ferienbe-

treuungszeiten nicht in den Sommerferien sondern zum Beispiel in den kommenden Weihnachts- oder Osterferien vorgenommen werden oder von drei Wochen Feinembetreuung in den Sommerferien zwei kostenpflichtig angeboten werden.“ Die jeweiligen Regelungen sollen mit dem OGS-Rat der Schule abgestimmt werden. An der Marienschule sei nichts mit dem OGS-Rat abgestimmt worden, klagt Geilenkirchen. „Uns ist vom Träger lediglich mitgeteilt worden, dass zwei der drei Wochen Ferienbetreuung im Sommer kostenpflichtig sind.“ Das bedeutet: Wer keine private Lösung findet, muss 75 Euro für die Betreuung pro Woche zusätzlich bezahlen. „Kosten für Ausflüge sind zum Beispiel nicht darin enthalten“, ärgert sich die Schulpflegschaftsvorsitzende.